

Beschlossene an die 136. LDK

A1: Potsdamer Erklärung

Antragsstellend: Landesvorstand

Antragstext:

Die 136. LDK bestätigt ausdrücklich die Unterzeichnung der „Potsdamer Erklärung“ (über die Flexible Oberstufe; siehe Rundmail) durch den Landesvorstand und unterstützt dessen Teilnahme an Aktivitäten des diese Erklärung tragenden Bündnisses. Diese Unterstützung beinhaltet, ist aber nicht begrenzt auf gemeinsame mediale Auftritte, unterstützende Stellungnahmen, eine mögliche weitere Ausarbeitung dieses oder darauffolgender Papiere, sowie die Teilnahme an der offiziellen Veranstaltung zur Unterzeichnung am 20.03.2023 in Potsdam.

Begründung:

Die Potsdamer-Erklärung ist eine Stellungnahme von verschiedenen Verbänden und Organisationen rund um die Schule, welche vorrangig durch die Initiative „flexible Oberstufe“ erarbeitet wurde.

Die Erklärung stimmt zum großen Teil mit dem GPO der LSV überein. Der LaVo hat entschieden, die Erklärung bereits zu unterschreiben, weil die Veröffentlichung der Erklärung vorgezogen wurde. Um die Erklärung medial zu unterstützen und vor der KMK zu stärken, hielt der LaVo dies für sinnvoll. Die LSV NRW ist also bereits unter den Erstunterzeichner*innen. Es geht bei diesem Antrag um die Bestätigung des Vorgehens sowie den Beschluss zur weiteren Unterstützung.

Diese Initiative arbeitet bundesweit und ursprünglich war geplant, dass nur bundesweite Akteur*innen unter den Erst-Unterzeichnenden auftauchen. Weil die BSK auf Anfragen der Initiative nicht antwortete, wurden auf Schüler*innen Seite die landesweiten Vertretungen angefragt. Die LSV fühlt sich, solange es keine legitimierte bundesweite Vertretung von Schüler*innen gibt, auch auf Bundesebene verantwortlich für die Zukunft der Schüler*innen NRWs, weswegen eine Beteiligung stattfindet. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

A5: Antifa Flagge

Antragsstellend: Eliseo Maugeri, Julius van der Burg & Sebastian Dahlmann

Antragstext:

Die 136. LDK möge beschließen, dass sichergestellt werden muss, dass auf jeder kommenden LDK eine Flagge der antifaschistischen Aktion im Plenum aufgehängt wird. Zu beachten gilt, dass die größere Fahne stets rot und nicht schwarz sein darf.

Begründung:

erfolgt mündlich.